



www.goetzpeter.de

Bericht aus Berlin

17 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines aktuellen Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Ergebnisse des Koalitionsausschusses

Mit wichtigen Entscheidungen hat die christlich-liberale Koalition die Weichen für das letzte Jahr vor der Bundestagswahl 2013 gestellt. Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses sehen vor: Drei Jahre früher als vom Grundgesetz vorgeschrieben, nämlich 2013, wird der Bund die Schuldengrenze des Grundgesetzes einhalten. Das ist ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg der **Haushaltskonsolidierung**, die gerade im Interesse künftiger Generationen wichtig ist.

Zum 1. Januar 2013 wird die **Praxisgebühr** abgeschafft. Die Abschaffung ist aufgrund der hohen Rücklage in der Krankenversicherung vertretbar. Die Gesetzlichen Krankenkassen erhalten für den Wegfall der Praxisgebühr dauerhaft einen vollständigen Ausgleich aus dem Gesundheitsfonds. Dennoch schätzen die Experten, dass die Rücklagen Ende 2013 noch mehr als 10 Milliarden Euro betragen.

In diesem Zusammenhang: Der Bund unterstützt die Sozialversicherungen jährlich mit insgesamt rund 100 Milliarden Euro. Davon werden jährlich 14 Milliarden Euro in den **Gesundheitsfonds** überwiesen. Es ist allerdings weder im Sinn der Steuer- noch der Beitragszahler, dass im Gesundheitsfonds Milliarden-Finanzpolster entstehen, die durch Steuerzuschüsse finanziert werden. Solidarität zwischen Beitrags- und Steuerzahlern ist keine Einbahnstraße. Der Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds wird deshalb 2013 zusätzlich um 500 Millionen Euro und 2014 um 2 Milliarden Euro reduziert.

Zeitgleich zum Rechtsanspruch auf einen Kitabetreuungsplatz für ein- und zweijährige Kinder wird ab dem 1. August 2013 das **Betreuungsgeld** eingeführt, so dass Eltern die Wahl haben. Das Betreuungsgeld beträgt zunächst 100 Euro monatlich, ab dem 1. August 2014 werden 150 Euro im Monat gezahlt. Familien, die die Leistung nicht ausgezahlt erhalten wollen, können das Betreuungsgeld

zur privaten Altersvorsorge oder zum Bildungssparen einsetzen. Wer dies tut, erhält einen zusätzlichen Bonus von 15 Euro im Monat. Die gesetzliche Regelung für den Bonus wird noch auf den Weg gebracht. Gleichzeitig beteiligt sich der Bund mit weiteren 580 Millionen Euro am Kitausbau. Die künftige **Lebensleistungsrente** soll sicherstellen, dass sich jahrzehntelange Arbeitsleistung und private Vorsorge auszahlen. Menschen, die 40 Jahre lang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und zusätzlich private Vorsorge betrieben haben, sollen im Rentenalter nicht auf Leistungen aus der Grundsicherung zurückgreifen müssen. Auch soll die Bewertung der Beitragszeiten für Frauen, die Kinder erzogen und/oder Pflegeleistungen erbracht haben, sowie für Erwerbsgeminderte, verbessert werden. Geprüft wird auch, inwieweit es Spielräume gibt, Müttern mit mehreren Kindern, die vor 1992 geboren worden sind, zusätzliche Entgelte zu ermöglichen.

Ehrenamt fördern und von Bürokratie befreien

Ehrenamtliches Engagement hat in Deutschland eine lange, gute und starke Tradition. Deutschland verdankt dem Ehrenamt viel. In dieser Woche wurde deshalb in erster Lesung ein Gesetzentwurf beraten, welcher zwei Linien verfolgt: Über eine Anhebung der Übungsleiter- und Ehrenamts-pauschale werden Ehrenamtliche steuerlich entlastet. Gleichzeitig wird die zivilrechtliche Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern und Mitgliedern von Vereinsorganen beschränkt. Außerdem werden steuerbegünstigten Organisationen mehr Planungs- und Rechtssicherheit gegeben. So werden die Voraussetzungen, die für die Verwendung der Abkürzung „gGmbH“ notwendig sind, klarer geregelt und durch Änderung der Abgabenordnung eine erleichterte Rücklagenbildung zugelassen. Lesen Sie hierzu auch eine Pressemitteilung von Peter Götz auf seiner Homepage: www.goetzpeter.de

Parlamentsdeutsch...

Beschlussfähigkeit: Nach seiner Geschäftsordnung ist der Bundestag beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Plenum anwesend sind. Allerdings wird in der Regel vermutet, dass der Bundestag beschlussfähig ist. Nur wenn dies vor Beginn einer Abstimmung von einer Fraktion oder von fünf Prozent der anwesenden Abgeordneten bezweifelt und auch vom Sitzungsvorstand nicht einmütig bejaht wird, muss in Verbindung mit der Abstimmung die Beschlussfähigkeit festgestellt werden, indem die Stimmen durch eine Hammelsprung gezählt werden. Dabei zählen Enthaltungen und ungültige Stimmen mit. Ist der Bundestag beschlussunfähig, hebt der Sitzungspräsident die Sitzung sofort auf.

Nachrichten

Entlastung der Kommunen durch den Bund geht weiter

Die Bundesregierung hat 2011 zugesagt, die Kommunen deutlich stärker als bisher finanziell zu unterstützen und zu entlasten. Mit dem in dieser Woche verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, das die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung regelt, übernimmt der Bund ab dem Jahr 2014 die vollen Kosten für die Grundsicherung. Bereits im Jahr 2013 erhöht sich der Anteil des Bundes von jetzt 45 auf 75 Prozent der Nettoausgaben in diesem Bereich. Da der Bundesanteil auf mehr als 50 Prozent der Kosten steigt, tritt die Bundesauftragsverwaltung ein, die diese Gesetzesänderung notwendig macht. Die Neuregelung der Grundsicherung ist der letzte Schritt hin zur Erfüllung der Zusage der Bundesregierung, deren Umsetzung die Kommunen bis 2020 von Kosten in Höhe von ca. 50 Milliarden Euro befreit. Für die Union ist die Entlastung der Kommunen eine Herzensangelegenheit. Das Gesetz schafft die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.



Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der kommunalpolitische Sprecher Peter Götz im Plenum zur Grundsicherung im Alter gesprochen. Den Wortlaut seiner Rede können sie nachlesen unter www.goetzpeter.de

Peter Götz spricht mit Bahnchef Grube über Rastatter Tunnel

In einem persönlichen Gespräch mit MdB Peter Götz hat Bahnchef Rüdiger Grube in Berlin bestätigt, dass die Vorbereitungen Rastatter Tunnel im Zeitplan sind. Auf der Basis der am 22. August 2012 abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarung der Deutschen Bahn mit dem Bund für den gesamten Streckenabschnitt (StA) 1 von Karlsruhe nach Rastatt-Süd werden die Ausschreibungen vorbereitet. Die Bahn würde demnächst mit der Genehmigung der notwendig gewordenen Planänderungen (u.a. Verkürzung des Abstands der Verbindungsstollen von 1000 auf 500 m) durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) rechnen. Die Investitionssumme für den gesamten Streckenabschnitt von Karlsruhe nach Rastatt-Süd beträgt 693 Millionen Euro. Für 2013 sind 35,2 Millionen Euro veranschlagt.



Die AG Kommunalpolitik diskutierte diese Woche mit Ingbert Liebing, MdB, den Antrag „Zukunftsplan für Ländliche Räume – Regionale Vielfalt sichern und ausbauen“.

Bürgersprechstunde

Peter Götz setzt am 13. November die Reihe seiner Bürgersprechstunden fort. Er bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, mit ihm persönlich ins Gespräch zu kommen. Die Bürgersprechstunde findet statt:

**Dienstag, den 13. November 2012,
von 15.30 bis 17.30 Uhr
in der CDU-Kreisgeschäftsstelle,
Sandweierer Straße 29
in Baden-Baden Sandweier**

Um Wartezeiten zu vermeiden, wird eine Anmeldung im Wahlkreisbüro unter 07229/181840 empfohlen.

Einige interessante Daten und Fakten...

Weniger Einkommensungleichheit

Seit der Ablösung der rot-grünen Regierung 2005 hat sich die Einkommensungleichheit in Deutschland deutlich reduziert. Dies bestätigt eine aktuelle Studie des gewerkschaftsnahen DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung). Die Markteinkommen der Personen in privaten Haushalten, deren Hauptkomponente Erwerbseinkommen sind, stiegen seit 2005 um 4%. Auch die verfügbaren Haushaltseinkommen stiegen nach 2005 stetig, während sie zwischen der Jahrtausendwende und noch 2005 stagniert hatten, teilweise sogar zurückgegangen waren. Die Entwicklung der Einkommen von 2009 auf 2010 offenbart dabei deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen: Die unteren 40 Prozent der Bevölkerung konnten ihr verfügbares Einkommen real um etwa zwei Prozent und damit überdurchschnittlich steigern, während die Einkommen der restlichen Bevölkerung stabil blieben. Die Einkommensungleichheit nahm im Zuge der konjunkturellen Verbesserungen in Deutschland dementsprechend ab. In Ostdeutschland sank der Gini-Koeffizient, der ein Standardmaß zur Messung von Einkommensungleichheit ist, um 9% und im Westen Deutschlands um 3%. In beiden Landesteilen ist außerdem die Ungleichheit bei den Markteinkommen auf den Stand vom Beginn des vergangenen Jahrzehnts zurückgegangen.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW)

Löhne steigen so stark wie seit 2008 nicht mehr

Die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten aufgrund der guten Konjunktur deutlich höhere Löhne und Gehälter. Um durchschnittlich 3,2% stiegen die tariflichen Monatsverdienste von Juli 2011 bis Juli 2012. Der Anstieg der Tarifverdienste beschleunigte sich im Laufe dieses Jahres: Betrug er zu Beginn des ersten Quartals im Januar noch 2,0%, waren es zu Beginn des zweiten Quartals 2,2%. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, ist der Anstieg um 3,2% im Juli 2012 auf die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie und in der Chemischen Industrie zurückzuführen. Im Jahresvergleich stiegen die Tarifverdienste in unterschiedlichen Berufsgruppen deutlich. Angestellte im Bereich Erziehung und Unterricht, also überwiegend Angestellte kommunaler Kinderkrippen und Kindergärten, verdienen nun durchschnittlich 4,0% mehr. Auch in der öffentlichen Verwaltung (+3,6%) sowie im verarbeitenden Gewerbe (+3,9%) stiegen die tariflichen Monatsverdienste. Im Gesundheits- und Sozialwesen lagen die Tarifverdienste um 2,9% höher als im Vorjahr, im Gastgewerbe um 2,6%. Mit jeweils 2,3% stiegen die Tarife im Baugewerbe, im Handel und bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie im Bereich Information und Kommunikation (+2,2%) spürbar, wenn auch unterdurchschnittlich. Die Senkung des Rentenversicherungsbeitrags zum 1.1.2013 lässt die verfügbaren Einkommen weiter steigen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Arbeitslosigkeit in Deutschland weiterhin auf stabil geringem Stand

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im Oktober erneut leicht gesunken. Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitteilte, waren in diesem Monat 2,753 Millionen Arbeitslose registriert. Das seien 35.000 weniger gewesen als im September. Allerdings: Gegenüber dem letzten Oktober ist es zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosenzahlen gekommen ist (knapp 16.000 Arbeitslose mehr). Dennoch bezeichnete BA-Chef Frank-Jürgen Wiese den Arbeitsmarkt als „robust und in einer guten Verfassung“.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)